

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesetz 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebot 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 44

Duisburg, den 31. Oktober 1925

26. Jahrgang

Werbearbeit

Siehe, ogh Hoffnung vertraut du der Erden goldenen Samen und erwartest im Lenz fröhlich die keimende Saat nur in die Furchen der Zeit bedenkst du dich Talen zu streuen die, von der Weisheit gesät, still für die Ewigkeit blühen?

Schiller.

Ueber die Notwendigkeit vermehrter Werbearbeit für den Verband dürfte wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen. Die schönen Zeiten des selbsttätigen Zulaufes zur Organisation sind eben vorbei. Die Arbeiter müssen wieder einzeln für den Verband gewonnen werden, so wie es in der Vorkriegszeit üblich war. Leider scheinen sich sehr viele Ortsgruppen und Bezirksstellen an diese Tatsache noch nicht gewöhnen zu können. Die durchaus nicht befriedigenden bisherigen Werbeergebnisse tun dies unwiderleglich dar. Unsere Kollegen leben leider noch viel zu viel gleichgültig in den Tag hinein, ohne sich um das Morgen große Sorgen zu machen. Und doch steht die gesamte Arbeiterschaft einer riesengroßen Gefahr gegenüber. Der alte antisoziale Geist, der weiteste Kreise der Wirtschaftsführer beherrschte, der auch nicht stark in der Stunde äußerlicher Arbeitsgemeinschaft, glaubt seine Stunde gekommen. Er möchte ausloten zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiter, gegen alles das, was eine sozialere Zeit uns brachte an Erweiterung unserer Rechte in Wirtschaft und Gesellschaft, an vermehrter Sicherung unserer Arbeits- und Lohnverhältnisse und an größerem Schutz den Wechseljahren des Lebens gegenüber. Warnungstafeln in dieser Hinsicht sind der Arbeiterschaft genug errichtet. Wer sehen wollte, hatte reichlich Gelegenheit dazu. Es sei nur auf einige dieser Warn- und Mahnzeichen hingewiesen. Ein deutliches Zeugnis für den antisozialen Geist des Unternehmertums war deren Diktat Ende 1923 gegen die gleiche Arbeiterschaft, der man wegen ihrer Haltung im Ruhrkampf zugesichert hatte, ihre Opfer und Hingabe wurden unvergessen bleiben. Seitdem hat die Druck- oder Radeltischpolitik gegen die Arbeiter nicht aufgehört. Während draußen vor der Öffentlichkeit von den Vertretern der Arbeitgeber schöne Worte geredet oder geschrieben wurden vom Näherkommen zwischen Menschen und Menschen, von der Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wurde der Kampf der einzelnen Arbeitgeber gegen die Arbeiter immer kleinlicher und gefährlicher. Der Kampf gegen die Betriebsräte, die sog. Rationalisierung der Wirtschaft durch vielfach geradezu unmensliche Anspannung der Arbeitskraft, die „Verjüngung der Betriebe“ durch rückwärtslosen Hinauswurf älterer und verdienstlicher Arbeiter, die Reduzierung der Arbeitslöhne, der mehr in der Öffentlichkeit geführte und mit dem Vorwand der Wirtschaftsnöwendigkeit begründete Ansturm gegen den Tarifvertrag, den Urlaub, das Schlichtungs- und Einigungsweisen, die

Sozialversicherung, neuerdings auch der Kampf gegen das Reichsarbeitsministerium usw. sind nicht nur Zeugnisse eines verderblichen antisozialen Geistes der Arbeitgeber, sondern auch Warnungs- und Mahnzeichen für die gesamte Arbeiterschaft.

Es wird endlich Zeit, daß diese Zeichen beachtet werden. Wir haben als Stand doch noch ungeheuer viel zu verlieren. Gewiß haben in letzter Zeit z. T. machtvollere Kundgebungen der Arbeiter gegen den antisozialen Zeitgeist, stattgefunden. Alle diese Kundgebungen verpuffen wirkungslos und zwecklos, wenn sie sich nicht auswirken in intensiver gewerkschaftlicher Kleinarbeit. Auf diese kommt es an und nicht auf Reden und Klagen gegen die soziale Reaktion. Letztere ist nur aufzuhalten und zu überwinden durch gezielten gewerkschaftlichen Einfluß. Und diesen erzielen wir durch intensivste Werbearbeit.

Diese Werbearbeit muß auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Keine Ortsgruppe, auch die kleinste Sektion darf dabei nicht fehlen. Dabei sind alle Mittel anzuwenden, die geeignet sind, die notwendige Stimmung zu wecken. Öffentliche und Mitglieder- und Vertrauensmänner-Versammlungen, Flugblätterverteilung und als Krönung der ganzen Aktion — die Bearbeitung der nichtorganisierten Arbeiter durch Besuch zu Hause.

Inbesondere erwarten wir von unsern freigestellten und führenden Kollegen, daß sie in dieser Hinsicht den notwendigen Eifer entfalten im Sinn einer guten und gewissenhaften Vorbereitung. Nur planmäßige Arbeit wird und kann Erfolge bringen. Mit Rücksicht darauf, daß der Erfolg untrennbar zusammenhängt mit der Arbeiterstimmung, muß besonders eine lebhaftere Versammlungstätigkeit erzwungen werden.

Man komme nicht mit der Behauptung, daß die jetzige Zeit wirtschaftlichen Drucks nicht günstig sei. Diese Behauptung braucht nicht zuzutreffen. Das Unternehmertum hat soviel Material, wertvolles Agitationsmaterial aus geliefert, daß wir zur Einwirkung auf die Arbeiterschaft vor einer ungeheuren Fülle stehen. Kein Arbeiter wird sich dem Eindruck dieses Materials entziehen können. Und andererseits ist der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit so deutlich sichtbar, daß es leicht sein muß, die nichtorganisierten Arbeiter für uns zu gewinnen. Worauf es ankommt, das ist der erste Wille zur Kleinarbeit. Und diesen Willen müssen alle unsere Mitglieder in der bedrohlichen Situation in der Arbeiterschaft fest, unbedingt aufbringen. Es geht eben ums Ganze und in solcher Lage müssen halt außergewöhnliche Energien aufgewendet werden.

Darum Kolleginnen und Kollegen, junge und alte Freunde! Bei der Werbearbeit tut alle mit! Keiner schließt sich aus. Es geht um die Rechte und die Freiheit unseres Standes!

Zur Arbeitslosenversicherung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt mit Genugtuung fest, daß eine Reihe von Forderungen berücksichtigt sind, die der DGB für die endgültige Regelung der Versicherung aufgestellt hat. So begrüßt er die Schaffung besonderer Träger der Versicherung und die Anpassung von Beiträgen und Unterstützungsätzen an die Löhne durch Schaffung verschiedener Beitragsklassen.

In einigen wesentlichen Punkten bedarf der Entwurf jedoch noch dringend der Verbesserung und Ergänzung. Wir haben immer betont, daß der Rechtsanspruch auf die Leistung, die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung und die unmissverständliche Fassung des Streikparagrafen neben der angemessenen Höhe der Unterstützungsätze den wesentlichen Inhalt der Verbesserungen bildet, die wir von der Versicherung erwarten. So fordern wir besonders:

1. Der Rechtsanspruch auf die Leistungen der Versicherung muß durch die Beitragszahlung unter allen Umständen sichergestellt sein. Die zeitweise Wiedereinführung des Fürsorgeprinzips hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
2. Die Kurzarbeiterunterstützung ist als eine Form der Leistung vorzuziehen.
3. Der Streikparagraf (§ 52) ist so zu fassen, daß Arbeitslose, die an einem Arbeitskampf unbeteiligt sind und auf seine Föhrung keinen Einfluß haben, ihren Unterstützungsanspruch behalten, wenn sie durch Streik oder Ausperrung Dritter arbeitslos geworden sind.
4. Die Leistung ist nicht von der Erfüllung einer Arbeitspflicht abhängig zu machen, ausgenommen für Jugendliche unter 18 Jahren.
5. Die Gesamtbezüge (Hauptunterstützung und Familienzuschläge) sind auf 80 v. H. des Einheitslohnes (nicht 65 v. H.) zu begrenzen.
6. Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, die nicht Besitzer oder Pächter land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes sind, in die Versicherungspflicht. Soweit Befreiungen statthaft sind, sollen sie durch Gesetz festgelegt werden. Einzelanträge auf Befreiung sind wegen der damit verbundenen Verwaltungskosten zu verwerfen.
7. Das Reich soll zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung angemessene Zuschüsse leisten.
8. Die auf gemeinnütziger Grundlage errichteten Berufsausschüsse sind zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung gleichberechtigt mit den öffentlichen Nachweisen heranzuziehen.
9. Die Gründung gewerkschaftlicher Erziehungskassen für einzelne Berufe soll zulässig sein, sofern die allgemeine Versicherung dadurch nicht beeinträchtigt wird.
10. In der Verwaltung, Beitragszahlung usw. ist größte Einheitlichkeit durch gemeinsame Vorschriften, die für das ganze Reich Geltung haben, herbeizuföhren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an Regierung und Reichstag das dringende Ersuchen, das Gesetz unter Berücksichtigung dieser Forderungen so schnell wie möglich zu verabschieden. Er selbst wird alle Kräfte einsetzen, damit dieses Ziel bald erreicht wird.

Zur Lohn- und Arbeitszeitfrage.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt die Erklärung des Reichsministers, laut welcher entgegen den sozialreaktionären Bestrebungen führender Arbeitgeberkreise eine den Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft gerechtwerdende Lohnpolitik auch durch die Schlichtungsstellen gefördert werden soll. Dieses erscheint insbesondere dringend geboten für alle in ihrem Reallohn gegenüber der Vorkriegszeit zurückgebliebenen Arbeitnehmergruppen. Von den Schlichtern und Schlichtungsausschüssen wird erwartet, daß sie mehr wie bisher den berechtigten Forderungen auf Erlangung ausreichender, den derzeitigen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen entsprechende Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerschaft im Rahmen des wirtschaftlich möglichen Rechnung tragen.

Die vom Reichsminister zugesagte Vorlage des Arbeitszeitgesetzes muß mit größter Beschleunigung erfolgen und von den gesetzgebenden Körperschaften baldigt verabschiedet werden. Gleichzeitig ist auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in der Arbeitszeitfrage hinzuwirken.

Von allen dem DGB nahestehenden Reichstagsabgeordneten wird erwartet, daß sie sich mit aller Kraft einsetzen für die baldige Verwirklichung der in den Entschlüssen aufgestellten Forderungen.

Zum Arbeitsgerichtsgefetz.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt die bevorstehende zusammenfassende Neuregelung der Arbeitsgerichtsbarkeit insbesondere deshalb, weil ihre Vorteile fünfzig der Gesamtheit der Arbeitnehmer gewährleistet werden sollen und weil durch die Schaffung höherer arbeitsgerichtlicher Spruchstellen auf eine einheitliche Rechtspraxis hingewirkt werden soll.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes betrachtet den vorliegenden Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes als eine brauchbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen, er wünscht besonders, daß die Möglichkeit, Fachkammern zu bilden oder bestehende Fachkammern beizubehalten, gegeben wird.

Eine Ausgestaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darf weder durch Einzelvertrag noch durch Tarifvertrag möglich sein. Das Verfahren vor den Arbeitsgerichten muß eine rasche und billige Erledigung der Streitfälle verbürgen. Rechtsanwälte sollen als Prozeßvertreter in der ersten Instanz nicht zugelassen sein.

Zur Vertretung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt die nunmehr erfolgte Vorlage des Gesetzentwurfes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. Er hält diesen Gesetzentwurf für eine geeignete Grundlage für die Beratungen über den künftig neuorganisierten Reichswirtschaftsrat. Zu den Einzelheiten dieses Gesetzentwurfes hat der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits Stellung genommen und diese Stellungnahme den in Betracht kommenden Stellen zur Kenntnis gebracht. Es wird erwartet, daß die gesetzgebenden Instanzen die Gesetzesvorlage unter Berücksichtigung der Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes alsbald verabschieden.

Gleichzeitig fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund die schnelle Vorlage der Gesetzentwürfe über die paritätische Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Die diesbezüglichen Vorschläge des Reichswirtschaftsrates bzw. die daraufhin in den Ministerien bereits fertiggestellten Gesetzentwürfe zur Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Kammern der deutschen Wirtschaft müssen alsbald als Beratungsgrundlage dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag und Reichsrat vorgelegt werden. Ebenso muß gefordert werden, daß die im vorläufigen Reichswirtschaftsrat seit Jahr und Tag fertiggestellten Richtlinien für einen Gesetzentwurf zur Einführung der im Artikel 165 der Reichsverfassung ebenfalls vorgeschriebenen Bezirkswirtschaftsräte von der Reichsregierung nun endlich beachtet und geziellich ausgewertet werden.

Es erscheint als unannehmbar, den Oberbau der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsverwaltung, den endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu bilden, ohne gleichzeitig auch den Unterbau, d. h. die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsverbände und die Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte durchzuführen.

Die bereits durch Gesetz seit Jahren eingeföhrteten Betriebsräte haben sich bewährt. Es ist darum an der Zeit, nachzuprüfen, ob und inwieweit eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts derselben vorgenommen werden kann.

Zur Schulung und Durchbildung der Betriebsräte und der in den anderen wirtschaftlichen und sozialen Institutionen tätigen Arbeitnehmervertreter müssen ebenso wie zur Förderung der Industrie und der Landwirtschaft staatslicherseits finanzielle Beihilfen gewährt werden.

Die einseitige parteipolitische Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Dinge ist erfahrungsgemäß nachteilig. Aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens müssen die aufstrebenden Berufsorganisationen u. Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewegung durch ihre Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Vertretungen der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.

Den wirtschaftlichen Selbstbestrebungen der Arbeitnehmerschaft, die sich in den Konsum- und Produktionsgenossenschaften sowie im Bankwesen auswirken, muß jede verteilbare staatliche Förderung zuteil werden. Die noch bestehenden steuerlichen Benachteiligungen und sonstigen Hemmnungen müssen fallen.

Zu Beamtenfragen.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennt die Notwendigkeit, in Ausführung des in der Weimarer Verfassung gegebenen Versprechens ein neues Beamtenrecht zu schaffen. Dieses Beamtenrecht muß zur Sicherung der staatlichen Notwendigkeiten das traditionelle Berufsbeamtenrecht, das immer eine Stütze des Staatswohls war, organisch fortbilden, ohne es zu überspannen. Die Eingliederung des Beamtenkörpers in die Volksgemeinschaft und ihre Loslösung aus früheren kastenmäßiger Abgeschlossenheit darf weder durch die Gesetzgebung noch durch Verwaltungsmaßnahmen gehindert oder erschwert werden.

Dem Beamtenabbau, der eine schwere Prüfungszeit für die deutsche Beamtenchaft bedeutet hat, ging nicht parallel, der Abbau von Behörden und Behördenaufgaben. Das auf diesem Gebiet Veräumte ist ohne neue Beurlaubungen des Beamtenkörpers im Weg vernünftiger Verwaltungsreformen nachzuholen. Aber das Damoklesschwert des Abbaues darf nicht dauernd über der Beamtenchaft schweben, weil es in die Abwicklung des Dienstes und da

Die Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Eine bedeutsame Tagung hielt unser D. G. B. vom 11. bis 14. Oktober in Saarbrücken ab. Es war Saarbrücken gewählt worden, um die Verbundenheit des Saargebietes mit unserm deutschen Vaterland aufs neue vor aller Welt zu betonen, dann aber auch, um unsern im Vordergrund des Kampfes um das Deutschtum stehenden Freunden neue Kraft und neuen Mut zu vermitteln. Die Tagung diente insbesondere die große öffentliche Kundgebung, in der Kollege Stegerwald sich mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zeitfragen befaßte und deutliche Worte fand gegen den Druck der Kriegsgegner auf unser deutsches Vaterland.

Zu den Verhandlungen in Locarno betonte er, daß unserem Volke keine neuen Ketten angehängt werden dürfen. Er betonte die Notwendigkeit einer Erhöhung des Reallohnens der Lohn- und Gehaltsempfänger. Nicht der niedrige Lohn, nicht zu lange Arbeitszeit können entscheidend sein, sondern nur die Leistung. Ein wirtschaftlicher Aufbau in Deutschland ist deshalb nicht möglich bei niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit. Aus gemeinsamer Arbeit an der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme muß ein neues Deutschland von geistiger Einheit entstehen. Besonders erwähnt werden müssen die Ausfühungen Hillenbrands, Saarbrücken, über die Lage im Saargebiet. Seine Ausführungen waren eine einzige Anklage gegen die Saargebiet, die 90 Prozent der Saarbevölkerung in wirtschaftliches und soziales Elend gelangt. Die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft des Saargebietes will alles tun, damit die Vereinigung mit dem deutschen Vaterland sobald als möglich wieder stattfindet. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich im wesentlichen mit innerorganisatorischen Aufgaben und stellte fest, daß die Bewegung wieder in Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Man nahm insbesondere Stellung zu den schädigenden Einflüssen der Parteipresse. Im Anschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde ein eingehender Bericht über die sozialpolitische Tätigkeit des D. G. B. in den letzten Jahren erstattet. Aus ihm ergab sich die Vielgestaltigkeit der Aufgaben, die von den christlich-nationalen Gewerkschaften in der schwersten Zeit in Angriff genommen und zum Wohle der Arbeitnehmerschaft gelöst worden sind. Die Zentralarbeitsgemeinschaft, Neuregelung des Schlichtungswesens, Durchführung des Adhäsionsentwurfes, Sonntagsruhe, Arbeitslosenversicherung, soziale Befreiung der Wirtschaft, Sozialversicherung, Wohnungswirtschaft, Zolltarif, Aufwertung, Reichswirtschaftsrat, Internationales Arbeitsamt, Gewerbe- und Handelsausfuhr u. a. mehr beschäftigte den Deutschen Gewerkschaftsbund in den vergangenen Jahren. Der von vielen Seiten gemüßigt und oft vorausgesagte Zerfall der Gewerkschaften ist nicht eingetreten, vielmehr steht die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung nach wie vor stark und gesellig. Im Anschluß des D. G. B. wurde insbesondere die parteipolitische und konfessionelle Neutralität des Deutschen Gewerkschaftsbundes betont. Am Schluß der Tagung wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Geschäfte eine Unsicherheit bringt, die letzten Endes sich für die öffentlichen Interessen schädlich auswirken muß.

Besondere Aufmerksamkeit ist den Verhältnissen bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu widmen, weil in diesem größten wirtschaftlichen Unternehmen der Welt autokratische Wirtschaftsformen durchgeführt worden sind, auf die weder Reichs- oder Provinzialministerien noch Reichstag einen ausreichenden Einfluß besitzen.

Der Ausschuss fordert, daß der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften deren notwendiger Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse zurückgewonnen wird.

Unter den besonderen Reparationsbelastungen der Reichsbahn-Gesellschaft dürfen die Personalverhältnisse nach der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Seite nicht in einem Maße leiden, daß dadurch ein einzelner Stand in Deutschland zu besonderem Reparatursstand gemacht wird.

Regierung und Volkspartei werden gebeten, die Frage ernstlich zu prüfen, ob nicht endlich der Wunsch des Postpersonals auf Einführung vollständiger Sonntagsruhe im gesamten Reichsgebiet durchgeführt werden kann.

Zur Preispolitik.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes betont mit Nachdruck die Notwendigkeit, sowohl aus sozialen wie wirtschaftlichen Gründen mit allen Mitteln eine genaue Preiskontrolle auf der Grundlage friedensmäßigen Geschäftsgebahrens durchzuführen.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt deshalb, daß die Reichsregierung sich entschlossen hat, durch die ihr zur Verfügung stehenden gesetzgeberischen Mittel regulierend einzuschreiten.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt die Initiative der Reichsregierung durch gemeinsame Beratungen der Leiter der Preisprüfstellen einen Einfluß auf die Preisgestaltung im Lande auszuüben und dadurch das Durcheinander der Preisprüfungsmaßnahmen und der Preisbewegung zu beseitigen.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von der Reichsregierung und den Länderregierungen eine stärkere Kontrolle der vielfach außerordentlich schädlichen Preispolitik der Innungen und sieht in der Stärkung der preisbildenden Macht der Konsumenten durch Unterstützung der Konsumvereine und eine weitgehende Preispolitik der Konsumvereine eins der wichtigsten Mittel, um die Reallohn zu erhöhen.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt es, daß der Reichswirtschaftsminister angeordnet hat, von der Ermächtigung zu Zollherabsetzungen dann Gebrauch zu machen, wenn durch die Kartelle ein Aufschlag in Höhe der Zollspanne auf die Inlandspreise veräußert werden sollte, ohne daß dieser Aufschlag in den inländischen Produktionskosten eine Begründung findet.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes weist alle dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Arbeitnehmer darauf hin, daß die Unterstützung der Preisabbaupolitik der Reichsregierung und Länderregierungen eine der wichtigsten Aufgaben zur Steigerung der Reallohn und damit der gewerkschaftlichen Tätigkeit ist.

Den Arbeitern von Nordwest zum Nachdenken

Seit einigen Jahren werden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Löhne der Arbeiter in der Metallindustrie auf bezügl. Grundlage geregelt. Dieser Umstand führte die Teilnahmslosigkeit der breiten Masse in bezug auf ihre Lebensgestaltung herbei.

Abwärmeverwertung

W. Riedel.

Der verlorene Krieg und die damit verbundene Notwendigkeit, auf allen Gebieten menschlichen Schaffens so weit wie irgend möglich zu sparen, stellte unsere Industrie vor neue, große Aufgaben.

Wir greifen aus dem umfangreichen Gebiet der Sparmaßnahmen als eine der bedeutendsten die „Abwärmeverwertung“ heraus. Wärme ist eine Form der Energie, wie z. B. die Elektrizität; Energie wiederum die Fähigkeit, Arbeit zu leisten.

Überall da, wo Brennstoffe verbrannt werden, findet sich Abfallwärme vor. Die Verbrennungsprodukte und die bei der Verbrennung sich bildenden Gase besitzen noch verhältnismäßig hohe Temperaturen, selbst nach Erfüllung ihres eigentlichen Zweckes.

Die Folgen waren verstärktes Mißtrauen gegen die leitenden Gewerkschaftsführer. Die zur Zeit herrschende Inflation tat ein überliches hinzu, so daß die vorhandene machtvolle Gewerkschaftsbewegung unter den Auswirkungen dieser Stimmung auch zahlenmäßig stark zu leiden hatte.

Der Sieg des Unternehmertums brachte eine noch stärkere Abwertung der Gewerkschaftszeichen. Die Unternehmer triumphierten und die treuen Gewerkschaftsfreunde arbeiteten mit doppelter Kraft, um den Unternehmern die auf Grund der wirtschaftlichen Not gewonnene Position wieder zu entreißen.

Die zweite würde den Unternehmern eine willkommene Gelegenheit bieten, die Löhne nach eigenem Ermessen herabzusetzen. Die Güntingwerkstatt, welche trotz bestehender Tarife heute schon eine große Rolle spielt, würde für die anständigen Arbeiter zur wahren Hölle in den Betrieben ausmachen.

- 1. Wie ist es möglich, in der schwierigen Zeit einen vorteilhaften Tarif unter Dach zu bringen?
2. Sollen die Arbeiterorganisationen die Verantwortung abnehmen und die Arbeiterschaft ohne Tarif arbeiten lassen?

Das erste ist nur möglich, wenn die Arbeiter der Schwerindustrie den Gewerkschaften öffentlich das Vertrauen aussprechen, und die absichtsbekennenden, einflussreichen Arbeiter unerschrocken den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation vollaufen.

Ohne viel zu denken, dürfte der Weg klar zu erkennen sein, der in dieser Situation zu gehen ist.

Ein Weg zur Preisentung

Die Konsumgenossenschaften vermögen nur dann ihre verhältnismäßig zahlreich vorhandenen und auf der anderen Seite die Produktion bis zur Urquelle erfassen. Bekanntlich sind gerade die gangbarsten Markenartikel dem freien Wettbewerb dadurch

entzogen, daß die Händler unter Androhung hoher Vertragsstrafen auf die künstlich hochgehaltenen Preise verpflichtet werden. Wer den Verpflichtungsschein nicht unterschreibt oder nicht innehält, wird vom Bezuge „ausgesperrt“.

„Gepag“-Selbsthilfe 12,5 Prozent billiger als Persil, „Gepag“-Seifenfloden 42 Prozent billiger als Luz, „Gepag“-Malzkaffee 30 Prozent billiger als Kalshreiners, „Gepag“-Haferfloden 42 Proz. billiger als Hofenlohe Haferfl.

Die Preisverbilligung ist also wesentlich. Und je mehr die Verbraucher sich von der falschen Ideologie freimachen, daß die teuersten Waren auch immer die besten sein müßten, und in stärkerem Umfange dazu übergehen, die in den genossenschaftlichen Produktionsbetrieben hergestellten billigeren und dennoch zum mindesten anerkannt gleichwertigen Waren zu kaufen, um so mehr werden die Produktionsbetriebe der Genossenschaften ausgebaut und erleichtert werden können.

So sehr auch die Maßnahmen der Regierung gegen die Preiskonventionen zu begrüßen sind, Selbsthilfe führt immer noch am schnellsten und sichersten zum Ziele.

Preistreiber

In der „Westdeutschen Tageszeitung“, dem Organ der Landwirte, wird in Nr. 248 vom 1. Oktober das vielfache Gerede, als ob insbesondere die Landwirtschaft die Verursacher der hohen Lebensmittelpreise seien, beleuchtet.

Wir wollen uns hier nicht in den häuslichen Streit zwischen Landwirtschaft und Händlertum hineinmischen. An sich ist auch die Landwirtschaft nicht schuldlos. Sie hätte es in der Hand, jenes spekulative Händlertum durch direktes Handeln zu beseitigen.

Das zeigt, daß auf dem Gebiete der Preisgestaltung noch manches zu ändern ist, wenn nur in der geeigneten Weise durchgepaßt wird. Das Berliner Beispiel verdient weitestete Nachahmung.

Ein hanger Sorge leben die alten Gewerkschaftler den kommenden Monaten entgegen, weil sie fürchten, daß trotz der hier gekündigten Tarifverträge die größere Mehrzahl der Arbeiter den Weg zur Organisation nicht finden wird, denn sie sind sich klar darüber, daß durch den Indifferenzismus manches Recht verloren ging, und nach manchen Bestehende verloren gehen kann.

heutzutage für den Kohlenstammprozess unentbehrliche Einrichtung. Die von den Hochöfen kommenden Gichtgase werden in den Winderhitzkammern unter Zuführung der notwendigen Luftmenge verbrannt, wodurch deren feuerfeste Gesteinsmauerung durch die Verbrennungsgase erhitzt wird.

Geradezu eine Verschwendung mit Wärme wurde und wird teilweise noch in Hüttenwerken (auch in der Glas- und keramischen Industrie) getrieben. Hier handelt es sich darum, Metalle (Glasgemenge) auf 1000 Grad und mehr zu erhitzen und bei diesen Temperaturen zu schmelzen.

Bekanntlich entstehen bei dem Hochöfenprozess nicht nur Kohlen und Schlacken, sondern auch große Mengen brennbarer Gase. Es ist dies das sogenannte Gichtgas, welches man früher ungenutzt aus dem Ofen entweichen ließ, so daß es am Ofenkopf mit weißer leuchtender Flamme verbrannte.

Das zeigt, daß auf dem Gebiete der Preisgestaltung noch manches zu ändern ist, wenn nur in der geeigneten Weise durchgepaßt wird. Das Berliner Beispiel verdient weitestete Nachahmung.

Ein weiteres Großgebiet der Abwärmeverwertung bilden die großen und kleineren Dampfmaschinen, mit denen sehr viele Industriezweige ausgestattet sind. Überall dort, wo Kraft aus Wärme erzeugt wird, findet sich Abfallwärme vor.

Es sei nur gesagt, daß jeder neuseitliche, vom wärmetechnischen Standpunkt aus geleitete Dampftriebwerk die Dampferzeugung zur Kräfteerzeugung mit der Dampferzeugung zu verlassenden Fabrikationszwecken (Kochen, Feilen und Trocknen) vereinigen muß, andernfalls er als kostspielig und rüchständig zu bezeichnen ist.

Selbstverständlich lassen sich auf diesem Gebiet noch mancherlei Beispiele anführen, die hier nicht alle erwähnt werden können, vielmehr haben wir nur die wichtigsten Fälle angeführt.

Konturfe

Nachdem bereits im Sept. ein nicht unbeträchtliches Ansteigen der Kontursammlungen im Deutschen Reich festzustellen war, haben die Kontursammlungen im Oktober eine ganz ungewöhnliche Zunahme erfahren. Während im September 896 Konturfe neu eröffnet wurden, sind die Kontursammlungen im deutschen Reichsanzeiger auf 1195 in die Höhe geschwellt. Der Konturs wurde in dieser Zeit eröffnet über 65 Aktiengesellschaften, 184 offene Handelsgesellschaften und 749 Einzelunternehmen und Privatpersonen. Am stärksten von der Konturswelle sind in dieser Zeit die Hansestädte erfasst worden. Hier gerieten nicht weniger als 38 Aktiengesellschaften, 132 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 3 Kommanditgesellschaften, 47 Offene Handelsgesellschaften und 125 Einzelunternehmen und Privatpersonen in der genannten Zeit in Konturs.

Für das Volk könnte es nur von Nutzen sein, wenn die Konturswelle noch viel mehr als bislang unsere Wirtschaft beeinträchtigend durchfluten würde.

Gegen ausländische Waren

Amerika ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Was man drüben überm „großen Reich“ anpackt, das tut man im großen. Auch die amerikanische Kellame hat diesen Zug ins große. Ob es sich dabei um Kaufmanni oder sonst einen wertvollen Gegenstand handelt, die Empfehlung erfolgt — großzügig, wenn auch in der Regel bizarr großzügig. So hat man jetzt entdeckt, daß Amerika doch sehr viele Waren aus dem Ausland bezieht. Dagegen soll jetzt die „Amerikan Federation of Labor“ Maßnahmen einleiten lassen.

Es ist nach der „J. u. S.“ geplant, einen Redefeldzug in allen Städten und Dörfern des Landes vorzunehmen, durch den das Publikum aufgefordert wird, nur amerikanische Waren zu kaufen. Das „Central Union Labor Council of Greater New York“, das an der Spitze der Bewegung steht, teilt den Tageszeitungen mit, daß jede Gewerkschaft im Lande aufgefordert werden sei, Ausschüsse zu ernennen, welche die Propaganda in ihrem Bezirke einleiten sollen.

In New York selbst ist ein solcher Ausschuss für jeden der fünf Stadtbezirke ernannt worden. Jeder Verein, jede Loge oder religiöse Verbindung soll besucht, Versammlungen auf öffentlichen Plätzen veranstaltet und Lichtspieltheater erfucht werden, an jedem Abend fünf Minuten einen Propagandareder zur Verfügung zu stellen. Es soll dabei auf den Zustrom von Gütern aus England, Frankreich, Deutschland, Italien und China und Japan hingewiesen und betont werden, daß der amerikanische Fabrikant, der angeblich keinen ausreichenden Zollschutz genießt, unter dieser Konkurrenz schwer zu leiden hätte.

So seltsam diese Methode ist, sie wird sicherlich ihre Wirkung nicht verfehlen. Gegen manche unnütze Dinge, die wir einführen, wäre der amerikanische Kellamegeist auch dem deutschen Volke dienlich.

Eine furchtbare Anklage

Eine furchtbare Anklage sind die Untersuchungen und Beobachtungen, die Dr. med. et phil. J. Baron im Waldenburger Kohlenbezirk machte und über die er in der „Schlesischen Volkszeitung“ berichtet. Er besuchte mit mehreren Herren des Bundes der Rinderreichen 17 Wohnungen linderreicher Arbeiter. Eine Stube von 16 Quadratmetern teilte eine unterleibstrante Mutter mit vier Kindern von 18 bis 20 Jahren. Davon war der 18jährige Sohn lungenkrank und die 16jährige blutarme Tochter arbeitete für 8-10 Mark Wochenlohn von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr in einer Porzellanfabrik. Der furchtbar stinkende Flur des Hauses führte ihn zu der Behausung eines Ehepaars, das mit 7 Kindern und dem Bräutigam einer Tochter nur über 2 Stuben von 24 und 16 Quadratmetern verfügte. Die Familie lebt von 13 Mark in der Woche, da der Mann arbeitslos ist. Die 7 Personen hatten nur 3 Betten. In einer Stube, die den Eindrud eines verfallenen Kellers machte und von Ungeziefer wimmelte, suchten 11 Personen auf 3 Betten und 1 Sofa ihre Nachtruhe. Eine Witwe mit 7 Kindern beherbergte auf 2 Stuben noch 5 Logiergäste. Die Mutter schläft mit 2 Kindern in einem Bett, während 2 Töchter auf dem Sofa schlafen. Da Baron nur das sogenannte „bessere Viertel“ besucht hat, kann man sich ein Bild davon machen, wie es in den schlechteren Vierteln ausgesehen haben mag.

Die Ursache dieser entsetzlichen Wohnungsnot wird erklärlich durch die geradezu grauenhaften Wohnverhältnisse. Nur etwa der zehnte Teil der 300 Bergarbeiter gilt als „gut“ bezahlt, weil sie durchweg auch Sonntags arbeiten. Die Not zwingt manchen Bergarbeiter dazu, das ganze Jahr hindurch ohne Sonntagsruhe zu bleiben. Ein Bergarbeiter mit 10 Kindern, der im Monat 29 Schichten verfährt, hat einen Nettoerwerb von monatlich 110,62 Mark. Davon gehen noch Miete und Licht ab. Von dem kärglichen Rest muß nun diese große Familie leben und sich kleiden. Baron staunt über die peinliche Ordnung und Sauberkeit, die trotz alledem fast durchweg herrscht, ein Zeichen, daß auch diese leidgeplagten Menschen mit kaumemwertiger Energie festhalten an Willen, menschenwürdig leben zu können.

Trotz alledem bringen die gewöhnlichen Sndbis der Arbeitgeherverbände es fertig, das Arbeiterlos noch als glänzend hinzustellen. Wenn man deren Tiraden über den Arbeiterlohn liest, dann muß man zu einer solchen Meinung kommen. Hier ist ein dankbares Betätigungsfeld für gewerkschaftliche Selbsthilfe, aber allerdings dann aber auch die staatlichen Behörden, insbesondere das Reichsarbeitsministerium, helfend unter die Arme greifen muß.

Daß die Wirtschaft und die in ihr wirkenden Führer solche Zustände dulden, wundert uns nicht bei der bekannten „humanen“ Einstellung derselben. So bringt ein Ernst Pring von Raibor in einem Artikel „Silberstreifen“ in der Deutschen Bergwerkszeitung vom 18. Oktober 1925 es fertig, u. a. folgendes zu schreiben:

„Die andere große Fehlerquelle ist die folgende: Diese ausgequetschte, geschundene Wirtschaft hat sich in ihrer Verzweiflung, eine immer schwächer und blutleerer als der andere, eng an einen andern gedrängt und sich dadurch selbst um jeden rrischen Gewinn gescharrt. Die Schwächlinge, die Heberzähligen, können heute nicht mehr mitgeschleppt werden. Was fallen will, von man nicht rügen, sondern rützen.“ Früher Wind und frische Konturfe. Dann wird sich sehr schnell zeigen, wie gesund und urkräftig die Lebenskräfte unserer Wirtschaft und unserer Unternehmer sind. Aber nicht nur beim Unternehmertum muß diese gesunde, frische Luft einziehen. Sie muß durch die ganze Wirtschaft ziehen. Fort mit den Keiten niedrigerer und nur die Drohen schützender Sozialgesetzgebung. Freie Auswahl der Führungskräfte, auch unter den Arbeitnehmern. Abbau auch der Arbeitnehmerartelle mit ihrem verlogenen sentimentalisierenden Ethos.

Das ist eine so „robuste“ Gesinnung, wie sie dieser leider damit nicht allein stehende prinzipielle Wirtschaftsführer an den Tag legt, daß sie kaum zu überbieten, jedenfalls aber keine Frage für ein Rühmstück ist. Im Interesse des Volkes und unseres Vaterlandes wäre der Wirtschaft und ihren Führern etwas mehr „sentimentalisierender Ethos“, wie der Pring von Raibor den Lustfreier der Arbeiterschaft nach menschenwürdigen Verhältnissen abtun zu können glaubt, zu wünschen. Es stünde besser um das ganze Volk.

Sie können's nicht lassen

Daß üble Angewohnheiten oft sehr schwer auszurotten sind, ist allbekannte Tatsache. Es ist deshalb an sich nicht unerklärlich, daß sich industrielle Publizisten so schlecht an Wahrheitsliebe gewöhnen können. Die bekannten „Beweise industrieller Wahrheitsliebe“ als da sind: unrichtige Berechnungen und Behauptungen auf dem Gebiete der Sozialkosten, der Steuerbelastung, der Lohngestaltung und weiterhin auch Dr. Meißinger haben eine neue Berechnung erfahren. Die „Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 244, vom 17. Oktober bringt folgende Notiz.

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, schweben zurzeit Verhandlungen, die dahin gehen, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium zusammenzulegen. Die beiden Ministerien sind Schöpfungen des Krieges und haben in der Nachkriegszeit infolge der überaus schweren wirtschaftlichen Verhältnisse immer größeren Umfang angenommen. Nicht mit Unrecht ist die Reichsregierung bei Beginn ihrer Verbilligungsaktion vorgehalten worden, daß es zunächst einmal erforderlich sei, den ins Riesenhafte angewachsenen Verwaltungsapparat wesentlich zu verkleinern und dadurch auch die Steuerlast zu verringern. Die Reichsregierung steht dem Gedanken einer Zusammenlegung der beiden wirtschaftlichen Ministerien nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Es bleibt zunächst abzuwarten, welchen Ausgang die gegenwärtigen Verhandlungen nehmen.“

Dazu bemerkt „Der Deutsche“:

„Wie wir erfahren, ist die Meldung, soweit sie die Reichsregierung berührt, von A bis Z frei erfunden. In der Reichsregierung denkt man weder an eine Zusammenlegung der beiden Ministerien, noch werden regierungseitig in dieser Frage Verhandlungen geführt. Die Haltlosigkeit der Meldung ergibt sich auch aus der Tatsache, daß in beiden Ministerien in Verbindung mit dem allgemeinen Beamtenabbau eine sehr starke — etwa 50prozentige — Verminderung der Beamtenschaft eingetreten ist. Der Verwaltungsapparat ist also nicht ins Riesenhafte angewachsen, sondern im Gegenteil sehr stark verkleinert worden.“

Diese Leute regen sich noch auf, wenn man ihre Behauptungen nicht gleich als bare Münze betrachtet. Auch sie müßten eigentlich ein bekanntes Sprichwort kennen.

Im übrigen würde sich die gesamte Arbeiterschaft einer Befestigung des Reichsarbeitsministeriums mit aller Kraft entgegenstemmen.

Macdonald und Christentum

Einer der bedeutendsten englischen Arbeiterführer ist unbestreitbar der vorherige englische Ministerpräsident Ramsay Macdonald. Er ist Sozialist. Wie himmelweit verschieden indes der englische Sozialismus von unserem deutschen ist, dafür zeugt die Einstellung zum Christentum. Bei uns blöder, leidenschaftlicher Haß gegen Christentum und Kirche, in England nicht nur Toleranz, sondern ein feines stolzes Bekenntnis dazu.

Da hat vor kurzem in Stockholm der Weltkongreß für praktisches Christentum getagt. Unter den vielen Begrüßungsschreiben befand sich auch eines vom englischen sozialistischen Arbeiterführer Macdonald folgenden Wortlauts:

„Mein Wunsch, nicht nur mich an einem solchen Kongreß zu beteiligen, sondern auch zugleich dem unvergänglichen Wert der

hebung der Würde der Kirche — einer unerschütterlichen und besten Friedensstütze — würde mich nach Stockholm geführt haben, wenn es nur menschlichmöglich gewesen wäre. Viele Menschen haben sich immer und immer wieder mit Betrübnis abgewendet, denn als die Zeugenschaft des Glaubens und das edle Beispiel des christlichen Geistes gefordert wurde, um so die Leidenschaft und Hartheit der Verblendeten zu zunichte zu machen, wurde diese Zeugenschaft nicht abgelegt, sondern statt dessen nur etwas Schwaches, Unentschiedenes und Falshes. Der Zustand der Welt ruft heute wiederum nach der Hilfe des christlichen Geistes, nicht nur als Richter und Arzt, sondern auch als Führer. Solange die Menschen in ihrer Bedrängnis und Angst hin- und herlaufen und versuchen, sorglos herauszufinden, wohin die Erfahrung von Jahrhunderten weist, gibt es keine Rettung. Es ist die Pflicht der Kirche, sie im Vertrauen auf das innere Licht und die sittliche Kraft zu einigen, damit sie mit dem festen Glauben in die Wege des Geistes, welche die Wege der Ehre und des Lebens sind, weiterführen können.“

Wie wohlthuend hebt sich solcher Gebärdenangang ab von der antichristlichen Einstellung der deutschen Sozialdemokratie.

Abgefundene Kriegsbeschädigte

Können nach Art. 2 des 3. Gesetzes vom 28. 7. 1925 zur Wänderung des Reichsvorsorgengesetzes eine Abfindung von 50 RM. erhalten, wenn ihr durchschnittliches Monatseinkommen 200 Reichsmark nicht übersteigt. Der Antrag muß vor dem 1. März 1926 beim Versorgungsamte gestellt sein. Am Monatsseinkommen können Frauen- und Kinderzulagen, ebenso Beiträge zur Kranken-, Invaliden-, Angehörigen- und Pensionsversicherung, ferner die Lohnsteuern abgerechnet werden. Aber jedoch einen neuen Antrag auf Anteile laufen hat, erhält die 50 RM. vor Entscheidung des Rentenstreites nicht und stellt auch zweckmäßig keinen Antrag. In Frage kommen jene Kriegsbeschädigten, welche im Jahre 1923 abgefunden wurden.

Verbandsgebiet

Dorsten. Mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu schließen. Davan wird man erinnert, angeht die Geschichte, die eine Verjammung durchmachen mußte, bevor dieselbe hier in Dorsten stattfand. Früher haben wir schon mehrfach von Dorsten und seiner Umgebung geschrieben. Ländlicher Charakter, vermischt mit industriellem Einschlag. Es gibt bald soviel an selbständigen Handwerlern und Kaufleuten hier, wie Einwohner vorhanden sind. Der Industriearbeiter, wie auch den Handwerkergehilfen wird zugemutet, für weniger Stundenlohn zu arbeiten, als sonst im Industriegebiet üblich, da die Lebensweise in Dorsten „billiger“ sei. Das ist geblieben, trotzdem in einer vor Jahren stattgefundenen Verjammung der Gegenbeweis angetreten worden ist. Damals wie heute darf konstatiert werden, daß Dorsten, da doch alle Geschäftsinhaber leben wollen, ein sehr teures Pflaster ist. Das gab uns Veranlassung, wie überall, so auch hier, eine öffentliche Verjammung einzuberufen, um die wirklichen Verhältnisse der Arbeitnehmer und der Konsumenten einmal wieder ins rechte Licht zu rücken.

Die Verjammung wurde durch Einladungszettel bekannt gemacht. An Tage der Verjammung ging dem Veranstalter und Referenten der Verjammung ein Telegramm aus dem Inhalts: „Vorstand des katholischen Gesellenvereins kann den Saal für heute abend nicht hergeben.“ Da das Telegramm keine Unterschrift trug, liegt allerlei Vermutung auf, die aber durch eine telephonische Anfrage in Dorsten zerstreut wurde. Die Antwort des Gesellenhauses

Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge

Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hat am 9. Oktober folgende Eingabe an den Herrn Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Aus allen Kreisen und aus allen Gemeinden mehren sich die Klagen über die Not der Erwerbslosen. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit werden die Schwierigkeiten, die jetzt schon bestehen, bald noch stärker empfunden werden als bisher. Wir bitten deshalb den Herrn Reichsarbeitsminister dringend:

1. eine angemessene Erhöhung der Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen, und
2. die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an Werksbeurlaubte so zu regeln, daß Werksbeurlaubte tatsächlich anderen Erwerbslosen gleichgestellt werden.

Zur Begründung unserer Forderung weisen wir darauf hin, daß seit der letzten Festsetzung der Höchsthöhe, die am 30. Januar 1925 mit Wirkung vom 9. Februar 1925 erfolgte, eine dauernde Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, die eine Erhöhung der Bezüge notwendig macht. Trotz der Beitragszahlung haben wir immer noch das System der Fürsorge, wenn die Erwerbslosen auf die Vorteile verzichten müssen, die eine Versicherung bietet, dann muß die Fürsorge, die nur in den Fällen der Bedürftigkeit eintritt, einigermaßen ausreichend sein. Letzteres ist aber bei weitem nicht mehr der Fall. Das gilt bei den Höchsthöhen für alle Ortsklassen, ganz besonders aber für die Erwerbslosen in den unteren Ortsklassen.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht, daß die Kosten der Lebenshaltung in den einzelnen Ortsklassen durchaus nicht so sehr verschieden sind, daß diese Abstufung der Unterstützung gerechtfertigt erscheint. Auch die Löhne sind nicht in erster Linie nach Ortsklassen gestuft, sondern nach Berufen. So kommt es, daß besonders die gelehrten Arbeiter in den unteren Ortsklassen außerordentlich schlecht gestellt sind, wenn sie die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen müssen. Wir bitten deshalb, nicht nur allgemein die Höchsthöhe zu erhöhen, sondern auch eine Annäherung an die wirklichen Verhältnisse dadurch vorzunehmen, daß die Ortsklasseneinteilung aufgehoben wird.

Wenn das nicht angängig sein sollte, müßte wenigstens eine Zusammenziehung der Klassen A und B zu einer Stufe und der Klassen C, D und E zu einer zweiten Stufe erfolgen, so daß in Zukunft in den einzelnen Wirtschaftsgebieten nicht mehr vier, sondern nur noch zwei verschiedene Sätze in Frage kommen. Wir möchten aber keinen Zweifel darüber lassen, daß wir die Leistung des Reiches in verschiedenen Wirtschaftsgebieten für mehr als ausreichend halten, um den Verschiedenheiten in den Löhnen gerecht zu werden, so daß die Ortsklassen ganz beiseite gelassen werden könnten.

Gegenüber etwaigen Bedenken, daß in einzelnen Orten oder Berufen die Höchsthöhe der Erwerbslosenfürsorge die Lohnhöhe erreichen oder übersteigen würden, weisen wir auf die zahlreichen Sicherungen hin, die bereits jetzt in der Verordnung enthalten sind und die eine Minderung der Bezüge zur Vermeidung der Übersteigerung der Lohngrenzen vorsehen.

Eine der geltenden Kürzungsbestimmungen halten wir allerdings unter keinen Umständen für berechtigt, das ist die Ziffer V der Verordnung über die Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge vom 30. Januar 1925, in der gesagt wird, daß die selbständige Unterstützung, die mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, insgesamt das Dreifachfache der Unterstützung nicht übersteigen dürfe, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Für große Familien, in denen gleichzeitig mehrere Mitglieder erwerbslos sind,

bedeutet diese Bestimmung eine Härte, die durch nichts gerechtfertigt ist. Früher war die Grenze für die selbständige Unterstützung für mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder wenigstens das Dreifache der Unterstützung, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zustand. Die Wiederherstellung dieser Forderung ist das Mindeste, was gefordert muß, um die größten Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Eine Befriedigung kann jedoch nur erreicht werden, wenn diese Begrenzung überhaupt fällt.

Wenn wir bei dieser Gelegenheit darauf verzichten, unsere Forderung auf Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung aufs neue eingehend zu begründen, so geschieht es in der Hoffnung, daß das Reichsarbeitsministerium alles tun wird, um die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung nach Möglichkeit zu beschleunigen, und daß unsere Bestrebungen um Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung im Rahmen der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung entsprechende Unterstützung zuteil wird. Deshalb beschränken wir uns heute auf die Forderung, entsprechend der früheren Fassung des Reichsarbeitsministeriums Werksbeurlaubte den sonstigen Erwerbslosen gleichzustellen und ihnen bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen ebenso wie sonstigen Erwerbslosen Unterstützung zu gewähren. Die Richtlinien für Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Werksbeurlaubte, die das Reichsarbeitsministerium am 26. August an die obersten Landesbehörden herausgegeben hat, fordern jedoch unseren schärfsten Widerspruch heraus. Sie sind nicht Richtlinien für, sondern gegen die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Werksbeurlaubte. Wenn einmal die Unterstützung von Werksbeurlaubten zugelassen wird — und wir nehmen an, daß in der Haltung des Reichsarbeitsministeriums hierin keine Veränderung eingetreten ist — dann müssen auch die allgemeinen Vorschriften der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Anwendung finden. Nach dem Par. 9 dieser Verordnung beträgt die Wartezeit mindestens eine Woche. Sie kann jedoch durch die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums bis auf drei Tage abgekürzt werden. Wartezeit tritt jedoch überhaupt nicht ein für Personen, die unmittelbar vor Eintritt der Arbeitslosigkeit Kurzarbeit geleistet haben oder deren Beschäftigung vor dem Eintritt des Unterstüfungsfalles weniger als sechs Wochen gedauert hat. Der eine von beiden Fällen liegt bei Werksbeurlaubten ohne weiteres vor. Wir sind deshalb der Auffassung, daß bei Werksbeurlaubten nur bei der ersten Unterstützung eine Wartezeit von einer Woche in Anrechnung gebracht werden darf, während im übrigen keine Wartezeit einzutreten hat, auch wenn der Werksbeurlaubte während kurzer Zeit wieder beschäftigt wird. Wir unterstützen deshalb durchaus die Forderung, die einige Gruppen der uns angehörenden Verbände in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium erhoben haben und bitten dringend um eine Abänderung der Richtlinien für die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Werksbeurlaubte nach der Richtung, daß bestimmt wird, daß die Wartezeit nur einmal zurückzuliegen ist. Nach den jetzigen Richtlinien kommt der Werksbeurlaubte aus der Wartezeit überhaupt nicht heraus.

Würde eine dem Sinn und Geist der Verordnung gerecht werdende Fassung der Richtlinien nicht zu erreichen sein, dann wären wir genötigt, unsere Forderung auf Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung auch im gegenwärtigen Zeitpunkt mit allen Mitteln zu verteidigen, die uns zu Gebote stehen. Wir hoffen jedoch, daß das Reichsarbeitsministerium unter Berücksichtigung der von uns geltend gemachten Gesichtspunkte die erwähnten Richtlinien alsbald einer grundlegenden Umgestaltung unterziehen wird.“

Rechte und Freiheit

unseres Standes sind bedroht durch den antisozialen Zeitgeist!

Wollen wir erhalten

Tarif-Vertrag, Urlaub, Betriebsräte, Arbeiterschutz und Versicherung, dann ist es nur möglich

durch intensive Werbearbeit!

lautete nämlich: „Zunächst, das ist richtig mit dem Telegramm. Die Handwerker und Geschäftsleute wollen die Versammlung nicht haben und der Vorstand ließ durch den Präses des Vereins das Telegramm abgehen.“ Eine telephonische Rücksprache mit dem Herrn Präses, die sofort zugelangt wurde, und zwar durch Anruf von Dorsten, unterließ. Doch man war auch ohne diesen im Bilde. Das Dorstener Gesamtmitglied ist von so eigenartiger Prägung und offenbart sich besonders seit Abzug der Belgier mit einer Lebhaftigkeit, einer politischen Nuance und einem „Mut“, aber auch in einer Einseitigkeit, die bei den standesbewußten Arbeitnehmern von selbst die gewünschte Distanz, aber auch Erbitterung auslösen muß. Um nur ein Beispiel herauszugreifen. Die christlichen Arbeitnehmer Dorstens wurden gezwungen, um nur eine einigermaßen ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung im Stadiparlament sich zu sichern, losgelöst von allen politischen Parteien, selbständig bei der Stadterverordnetenwahl vorzugehen.

Dah, wo solcher Wind weht, die Sprache des Arbeiters wenig Anklang und noch weniger Verständnis findet, wem will das weiter auffallen. Die Sprache der Einladung, auf der als Thema des Referates angekündigt worden war: „Das Herrenmenschenstum im Arbeitgeberlager und der Profithunger des Handels“, waren vielen beängstigten und von Gewissensbissen gequälten Gemütern derart auf die Nerven gefallen, daß man es für das Zweckmäßigste erachtete, die Arbeiter und Konsumenten durch die im Telegramm zum Ausdruck gebrachte Saalabtreibung mundtot zu machen. Das ist denn auch fast gelungen, da in Dorsten für diese Versammlung nicht ein einziger Wirt seinen Saal hergab. Interessant war, wie die Ansichten über die Einladungsart und das Beginnen des Gesellenvereinsvorstandes auseinander gingen. Die einen wollten damit Hehe verhindern. Das sind nicht selten die gleichen Leute, denen gegenüber Sozialdemokraten und Kommunisten nicht stark genug aufgetragen werden kann und nur dann Hehe empfinden, wenn die Arbeiter ihre Forderungen einmal so wahrnehmen, wie es Zeit und Verhältnisse unbedingt erfordern und das auch in den tatsächlichen Begebenheiten angepaßten Worten tut. Eine sehr maßgebende Persönlichkeit Dorstens fällt das Urteil: „Herrenmenschenstum und Profithunger werden 80 Prozent der Bevölkerung unterstreichen, aber die Wirtschaftskrise ist blauer Dunst“ dürfte nicht geschrieben werden.“ Im übrigen offenbarte sich in allen Urteilen sowohl Erkenntnis, daß wir allen nur den Rat geben können, studiert die Organe der christlichen Arbeiterbewegung und die Tageszeitung für Volksgemeinschaft „Der Deutsche“. Wenn aber die Beobachtung gemacht werden muß, daß keine Lohnverhöhung zu einer gehobenen Lebenshaltung in der Arbeitererschaft führen kann, weil man es allerorts ausgezeichnet versteht, daß was man „die große Not unserer Zeit“ nennt, auf die Schultern der Arbeitererschaft abzuladen, dann „Hoh Tauern“, wer will uns versagen, dies einmal laut und klar zu offenbaren.

Nachdem kein Versammlungsort aufzutreiben war, wurde die Stadtverwaltung um Ueberlassung der früheren Aula des Gymnasiums angegangen. Der Herr Bürgermeister lehnte ab, doch ließ er sich herbei, die Angelegenheit dem Magistrat zu unterbreiten. Dieser lehnte auch ab und entschied grundsätzlich, daß keiner politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisation niemals mehr städtische Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Das war ein Kolumbus für die Mehrheit des Magistrats, die diesen Beschluß faßte. Denn davon können in Dorsten nur Parteien getroffen werden, bei denen Arbeiter ihre politische Vertretung haben und die Gewerkschaften. Bei der Einstellung eines Teiles der Dorstener Bürgererschaft, bei dem das Wohl und Wehe der Arbeitererschaft von Günstig und Wohlgefallen abhängt, sollte das Stadterverordnetenkollegium vor die Revision dieses Beschlusses gestellt werden. Damit war der Arbeiterchaft nun jeglicher Raum verschlossen.

It so die Situation geschildert, so braucht über die in Dorsten dominierende Presse „Volkzeitung“ und „Allgemeiner Anzeiger“ nur noch wenig gesagt zu werden. Sie fügt sich dem ganzen sehr passend ein. Man war bereit, eine Anzeige für die Versammlung anzunehmen, nicht aber eine entsprechende Lokalnotiz, weil diese die allgemein gehaltenen Worte „reaktionäre Kreise“ enthielt. In einer gewissen Presse kann sich im allgemeinen eher jeder Rind und Operettentheater-Schmuck und Schmier breit machen und im redaktionellen Teil noch eine besondere Würdigung finden, als Worte und Wahrheiten des arbeitenden Standes.

Die am vorgesehene Versammlungstage zahlreich vor dem Gesellenvereinsvorstand tagen, darunter viele Ehrenmitglieder des kath. Gesellenvereins waren erbittert über das, was in den letzten Stunden in Dorsten sich zugetragen hatte und der Tatsache, daß in Dorsten für die Arbeitererschaft kein Lokal zur Verfügung stand. „Und doch muß die Versammlung stattfinden“, ging es von Mund zu Mund. „Sinnlos am kommenden Sonntagmorgen ans Lippenufer, in die weite freie Flur, wo uns keine Türen verschlossen sind“, so drängten die Arbeiter den Referenten.

Neue Einladungszettel (Die Kosten für die ersten muß der Gesellenvereinsvorstand tragen) wurden verteilt und am Sonntagmorgen hatten sich bei herrlichem Wetter die Arbeiter und auch Bürger zahlreicher denn je am Lippenufer eingefunden und lauschten den Worten des Referenten, des Kollegen Jillekens, aus Gelsenkirchen, der Schlag auf Schlag unter nachhaltiger Zustimmung der interessierten lauschenden Menge die Beweise des antisozialen Geistes im Arbeitgeberlager und der Preisbildung in unserer Wirtschaft überzeugend nachwies. Besonders fand auch die Art der heute üblichen übertriebenen wirtschaftlichen Schwarzmalerei berechtigten Kritik. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf und fand ihren Niederschlag in einer entsprechenden Entschließung.

Wenn die Arbeitererschaft Dorstens aus der Vergangenheit, der Geschichte dieser Versammlung und der sie umgebenden wirtschaftlichen Verhältnisse, wie auch aus den Darlegungen des Referenten die allein richtigen Schlussfolgerungen zieht, dann gebührt dem Vorstand des Gesellenvereins Dank, daß er eine solche Versammlung ermöglichte. Er steigerte die Deutlichkeit mit der gesprochen werden mußte, er steigerte das Interesse und was am meisten hervorzuheben ist, die Besucherzahl der Versammlung. Sicher wird diese Versammlung, die christlichen Arbeitnehmern unangenehm gemacht werden sollte und damit dem reaktionären Beginnen gewisser Kreise in den Anfangsjahren der Gewerkschaftsbewegung gleichgestellt werden muß, noch lange im Gedächtnis der Dorstener arbeitenden Bevölkerung haften. Arbeiter von Dorsten! folgt dem Mahruf, der am Lippenufer am 11. Oktober 1925 in geschlossener Front aufmarschierten Standesbrüder. Stärkt die christliche Gewerkschaftsbewegung und die Konsumvereine.

Versammlungen ab; so in Landstuhl, Eufenbach, Kaiserslautern und Otterbach, wobei Landtagsabgeordneter Bezirksleiter Kollege Gengler aus Stuttgart referierte.

Ausgehend von der Generalversammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes in Osnabrück, nahm er zu den verschiedensten Fragen eingehend Stellung. Die Kreditfrage, die für unsere Wirtschaft eine Lebensfrage ist, leidet stark an der hohen Zinspolitik der Banken. Nachdem unsere Industrie in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Banken kam, war es notwendig und erreglich, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf unserer Generalversammlung in scharfen Worten die Zinspolitik der Banken verurteilte. Die Zinsfrage ist eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft und somit auch für die Arbeitererschaft, denn ohne Zinspolitik kommen wir nicht zu Handelsverträgen. Der Preisabbau, der neuerdings seitens der Regierung eingeleitet wurde, muß unter allen Umständen von uns verfolgt und unterstützt werden. Mit scharfen Worten wurde das Verhalten der Genossen zu dieser Frage geteilt, die glauben mit den Worten: „den Schwinkel können wir“ auch am Preisabbau mitgewirkt zu haben. Die Angriffe der Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik wurden scharf zurückgewiesen. Mit warmen Worten schilderte Kollege Gengler Notwendigkeit und Aufgaben des gewerkschaftlichen Bildungsweins. Ohne eine zeitlich hochstehende Arbeitererschaft wird unsere Gleichberechtigung in Wirtschaft und Gesellschaft nicht erreicht. Die Ausführungen des Kollegen Gengler wurden in allen Versammlungen mit großem Beifall aufgenommen.

Den Abschluß der Aktion bildete die aus allen Jahrestellen gut besuchte, geistig hochstehende Geschäftsstellenkonferenz. Als Gäste konnten im besonderen begrüßt werden, der Vertreter des Gesamtverbandes Kollege Gable, Neustadt, welcher ebenfalls schon 25 Jahre Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes ist, der warme Worte der Anerkennung für die Leistung unseres Verbandes fand. Ebenso der Vertreter des D. S. B. Dücker, der seine besondere Freude über die Belege des Berufsgedankens: „christlichen Metallarbeiter“ and, sowie das gute Verhältnis zwischen beiden Gruppen an Ort, zum Ausdruck brachte.

Den Geschäftsbericht erbatete Kollege Lorch. Er behandelte die Lage der Pfälz. Metallindustrie und konnte feststellen, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage im Allgemeinen, der gesteuerte Reallohn im letzten Jahre um 10 Prozent gehoben werden konnte. Die Mitgliederbewegung in unserem Bezirk ist eine erfreuliche. Die Wunden, die der passive Widerstand allen Organisationen geschlagen hat, konnten nicht nur ausgemerzt, sondern noch weitere Erfolge erzielt werden. Der Kassenbericht zeigte die beachtlichen Leistungen des christlichen Metallarbeiterverbandes am Orte wie die Aufgaben einer gesunden Finanzpolitik. Die wichtigsten Zukunfts-Aufgaben, die wir zu erfüllen haben sind:

1. Ausbau unserer Organisation nach außen,
2. eine gesunde Beitragspolitik und
3. geistige Ausbildung und Schulung der Mitglieder.

Zum Schluß dankte Kollege Lorch allen Kollegen, die ihre Kräfte in den Dienst unserer guten Sache gestellt haben und sprach den Wunsch aus, daß das gute Verhältnis, sowie die Opferbereitschaft in unserem Bezirke erhalten bleibt und eine weitere Vertiefung erfährt.

Den Höhepunkt der Konferenz bildete das Referat unseres Bezirksleiters Kollege Gengler. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmertum und Arbeitererschaft gehen um die Fragen des kollektiven Arbeitsvertrags und dessen Inhalt, sowie um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Arbeitererschaft. Das Ziel breiter Unternehmerkreise ist: Zerschlagung der Gewerkschaften, weg vom Tarifvertrag, zurück zum früheren Individualvertrag bei dem der einzelne Arbeiter allein auf sich selbst gestellt nichts zu sagen hat. Redner gab hierbei ein drastisches Bild der früheren Arbeits- und Lohnverhältnisse, der Macht- und Rechtslosigkeit der Arbeitererschaft in den Zeiten der Organisationslosigkeit, zeichnete die schwere und harte Arbeit der Gewerkschaftspioniere, ihre begeisterten Opfer im Kampf um Freiheit und Recht der Arbeitererschaft. Viele Alte haben heute vergessen wie es war, die Jungen haben es nicht mehr erlebt und wissen daher die kampfbereite Gewerkschaftsarbeit u. deren Erfolge nicht zu schätzen. Man nimmt die heutige Stellung der Arbeitererschaft meistens als selbstverständlich ohne zu fragen woher? Der Kampf der Arbeitgeber, willkürliche Entlassungen und Aussperrungen bringen manchem wieder die Notwendigkeit starker Gewerkschaften in Erinnerung. Kollege Gengler bezeichnet die starke Beteiligung der Jugendlichen an der Konferenz als sehr erfreulich und schilderte in begeisterter Weise Grundlagen und Ziele des christlichen Metallarbeiterverbandes, den Kampf gegen die materialistische Weltanschauung und für die Menschenrechte des Arbeiters. Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Verbandstages wurde die Notwendigkeit der Beitragszahlung in der richtigen Beitragsklasse, namentlich in der 1. Klasse, sowie die Bedeutung und Art der Hilfsarbeit und des Bildungsbeitrags eingehend erläutert. Hierbei wurden merkwürdige Anekdooten zur Durchführung von Unterrichtsstunden gegeben. Der Appell des Kollegen Gengler zur tätigen Mitarbeit aller Mitglieder wie seine Rede fand körnige Zustimmung und Beifall.

In der lebhaften Aussprache wurden die Ausführungen lebhaft unterstützt und einstimmig beschlossen, ab 1. Oktober die Bildungsfondsmarken einzuführen. Es wird erwartet, daß die Mitglieder in gleich fortgeschrittener Weise wie die zahlreichen Vertreter auf der Konferenz an der finanziellen Stärkung des Verbandes und Beförderung seiner Tätigkeit sich beteiligen.

In keinem Schlusswort konnte der Vorsitzende Kollege Stadtrat Straßer feststellen, daß die Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes wirtschaftliche Pionierarbeit gemein ist denn ohne Organisation hätte die Metallarbeitererschaft nie diese Stellung, die sie heute hat, erreicht.

Mit Worten des Dankes für die geleistete Arbeit und einem Aufruf an alle Mitglieder für die Zukunftarbeit, schloß die eindrucksvolle Konferenz.

Stuttgart. Am ersten Oktobersonntag hielten die Verwaltungsräte Stuttgarter-Göppingen, ihre Herbst-Vertrauensmänner-Konferenz ab, zu welcher die Gruppen Heilbronn, Heilbronn und Kottbusch eingeladen waren. Der Besuch war sehr gut und waren fast sämtliche Ortsgruppen vertreten. Dem Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Reinhardt-Stuttgart. Die Geld- und Mitglieder-Insulation ist darüber. In der Verwaltungsräte Stuttgart hat sich ein frischerer Zug in letzter Zeit bemerkbar

gemacht und ist bezüglich der Finanzen wie auch der Mitglieder eine stetige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen.

Die Verbandsbeiträge sind im allgemeinen aber zu niedrig und muß hier von den Mitgliedern mehr Opfergeist erwartet werden. Das Geld ist beim Verband am besten angelegt und tragen die Verbandsbeiträge die höchsten Zinsen.

Seit der Inflationszeit erfahren die Löhne eine Steigerung von durchschnittlich 40 Prozent, was nur der zähen Arbeit der Organisation zu verdanken ist. Gemessen am Beschäftigungsgrad der württembergischen Metallindustrie in der Zeit über den sich der Bericht erstreckt, könnten die Verhältnisse z. T. bessere sein, wenn nicht große Teile der Arbeitererschaft der Organisation den Rücken gekehrt hätte. Die Arbeitererschaft selbst ist es gewesen, die zum großen Teil die Rückschlüsse, die uns getroffen, mit verursacht hat. Die Reaktion war im Arbeiterlager zu erst vorhanden. Verschiedentlich mußte zur Arbeitsunterbrechung geschritten werden, um unsere Forderungen durchzusetzen. Auch die ständige Ausprägung bei der Firma Daimler, Wert Sindelfingen, wirkte sich zugunsten der Arbeitererschaft aus.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, sprach Bezirksleiter Kollege Gengler, über: „Der Verbandstag und seine Beschlüsse“. Es gibt wohl kein soziales Gebiet, über das auf dem Verbandstag nicht gesprochen worden wäre.

Den Niederschlag fanden die Besprechungen in einer Reihe von Entschließungen. Mit diesen kommen wir indes nicht weiter, wenn wir nicht einen entschiedenen Nachdruck dahinterlegen.

Um dieses zu können müssen wir erst über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wie auch über die kulturellen Zusammenhänge uns Klarheit verschaffen. Der Bildungsbeitrag müssen wir wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Aus der geistigen Insulation müssen wir heraus, und die Schlacken, die da und dort unterm Denken noch anhaften, müssen wir abstreifen. Vor allem müssen wir uns in dem Gedanken freimachen, als ob der Staat allein uns helfen könne. Auf den Gedanken der gewerkschaftlichen Selbsthilfe müssen wir uns wieder besinnen und diesen Gedanken in den Vordergrund unseres Schaffens stellen. Unsere eigene Idee muß in jedem Kollegen wieder lebendig werden. Ebenso muß uns die gegenwärtige geistige Einstellung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen klar werden. Der Bildungsbeitrag, den die Verbandsgeneralversammlung beschlossen, ist in Anbetracht der Notwendigkeit der Schulungsarbeit ein Zeiterfordernis. Redner bittet den Verbandstagsbeschluss bzw. der Zeit der Einführung festzulegen.

An die Ausführungen der beiden Referenten schloß sich eine lebhafteste Aussprache an. Von allen Diskussionsrednern wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, den Verband vorwärts zu bringen. Wenn der Boden auch steinig ist, so wollen wir doch den Schwierigkeiten nicht aus dem Weg gehen. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Bildungsmarkte ab 1. November einzuführen, damit wir die Mittel haben, in diesem Winter schon in allen Ortsgruppen Kurse abzuhalten. Ein Diskussionsredner fordert die Verbandsleitung auf, Wege zu suchen, daß die Frauenarbeit in Gießereien aufhört und begründet dies durch Schilderung von Zuständen in seinem Betrieb.

Anschließend an die Aussprache hielt Fräulein Seeburger-Stuttgart einen Vortrag über die Werbearbeit unter den weiblichen und jugendlichen Arbeitern. Rednerin führte aus, daß bei der Werbearbeit nicht nur der Mann, sondern vielmehr die Frau ebenso aufgeklärt werden müsse. Die Beitragskassierung ist vielfach nur deshalb so schwer, weil die Frau über die Bedeutung der Organisation nicht Bescheid weiß. Frauenversammlungen sind überall abzuhalten und erklärt sich Rednerin bereit, sich zur Verfügung zu stellen. Die Jugend- und Arbeiterinnenbewegung gilt es im Verband zu fördern. Auf beide müssen wir uns stützen.

Mit Worten des Dankes an die Teilnehmer für die wirklich schön und einmütig verlaufene Konferenz, mit der Aufforderung dem Verband die Treue zu wahren, eifriger Mitarbeiter im Verband zu sein, die Bewegung in jeder Lage zu fördern und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband schloß Kollege Reinhardt die Versammlung. Mögen alle Teilnehmer das Gehörte in die Tat umsetzen, damit es auch im Schwabenlande im Christlichen Metallarbeiterverband stets vorwärts gehe.

Triberg. Einer unserer verdienstlichsten Kollegen aus dem Schwarzwald ist uns durch den Tod entziffen worden. Kollege Josef Maier. Er war der Gründer unserer Triberger und Schonacher Ortsgruppen. Der Verwaltung unseres Verbandes in Triberg fand er als Vorsitzender fast 25 Jahre hindurch vor. Viele Jahre war Josef Maier im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt zu Karlsruhe tätig. In Triberg selber wirkte er auch in mehreren Ausschüssen der Kommune ujm. Der Verstorbenen stand als ganzer Mann auf dem Posten unseres Verbandes. Stets tat er seine Pflicht. Klug und entschlossen vertat er die Interessen der Kollegen und des Verbandes. Schon in jungen Jahren legte Josef Maier vorbildlich für alle Kollegen den Schwerpunkt auf seine geistige Fortbildung und Heranarbeitung seines Charakters, letzteres im katholischen Arbeiterverein. Das befähigte ihn mit vorzüglichem rednerischen Geschick zu operieren. Bei brennenden Fragen gab Josef Maier oft mit wenigen Sätzen ein klares, überzeugendes Situationsbild, womit die betreffende Zeit- oder Streitfrage auch entschieden war. So genoss unser nun toter Freund, von dessen Hinscheiden auch die führenden badischen Blätter Kenntnis nahmen, überall, insbesondere bei unseren Triberger Kollegen, großes Ansehen. Wir alle haben alle Verehrung, in Treue auch über das Grab hinaus Josef Maiers dankbar und verehrungsvoll zu gedenken. Drum laßt uns oft seinen Namen nennen, wenn wir in christlicher Weise für die Seelenruhe unserer Verstorbenen beten. Namens des Verbandes sprachen Kollege Bezirksleiter Gengler-Stuttgart, Geschäftsführer Kahrde-Willingen und die Triberger Ortsverwaltung der Familie Josef Maier herzlichstes Beileid aus. Unser lieber Josef Maier möge nun in Gottes heiligem Frieden dem Auferstehungsmorgen entgegenflummern.

Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 1. November, ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Kaiserslautern. In den Tagen vom 9. bis 11. Oktober 1925 hielt unser christlicher Metallarbeiterverband im Bezirk mehrere